Pressemitteilung des Paulinervereins vom 16. Februar 2004

Paulinerverein fordert Abbruch des Wettbewerbs

Leipzig, den 16. Februar - Angesichts der leidenschaftlich geführten Diskussion über einen möglichen Wiederaufbau der Paulinerkirche fordert der Paulinerverein den Abbruch des Architekturwettbewerbs zur Neugestaltung des Universitätsgeländes auf der Westseite des Augustusplatzes. Der Verein ist der Ansicht, dass die bestehende Jury keine Gewähr für eine unvoreingenommene Würdigung aller eingegangenen Arbeiten bietet. Zudem hat Oberbürgermeister Tiefensee die Jury massiv zu manipulieren versucht. Schließlich gilt es, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Leipziger in ihrer überwiegenden Mehrzahl ausweislich der Umfragen von Bild-Zeitung und Leipziger Volkszeitung die noch im Wettbewerb stehenden Entwürfe mit ihrer Betonquader-Architektur ablehnen. Die Leipzigerinnen und Leipziger wollen auch endlich aktiv am Meinungsbildungs-Gestaltungsprozess beteiligt werden. Darin unterstützt der Paulinerverein die Leipziger Bevölkerung ausdrücklich.

Eine neue Jury muss her und in ihr muss die intellektuelle und kulturelle Elite Leipzigs zum Beispiel in Gestalt des Schriftstellers Erich Loest, des Malers Prof. Wolfgang Mattheuer und des Thomaskantors Prof. Georg Christoph Biller ihren Platz finden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger auch angemessen repräsentiert fühlen. Nur eine Neubesetzung der Jury in einem völlig neu aufgelegten Wettbewerb kann sicherstellen, dass die plumpen Manipulationsversuche von Oberbürgermeister Tiefensee nicht verfangen und eine von vornherein einseitige Besetzung unterbleibt.

Der Paulinerverein bekräftigt die von Tausenden von Bürgern erhobene Forderung nach Veröffentlichung aller zehn eingereichten Arbeiten. Dies könnte beispielsweise im Zeitgeschichtlichen Forum geschehen, das sich zu einem hervorragenden Ort der Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit entwickelt hat und außerdem den Vorzug einer zentralen Lage bietet. Die Verantwortlichen in der Stadt und in der Universität müssen der Bevölkerung endlich das Recht auf Information und demokratische Teilhabe einräumen. Stadtentwicklung als Geheimdiplomatie nach Art des Fürsten Metternich zu betreiben, haben die Menschen in Leipzig nicht verdient.